

## EDITORIAL

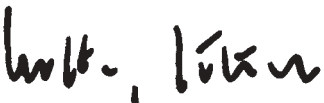
### LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN, LIEBE LESERINNEN UND LIEBE LESER,

mit den Umfragen ist das immer so eine Sache: Die momentane Landesregierung lehnt sich meist selbstgefällig zurück, wenn vom Meinungsforschungsinstitut forsa neue Zahlen veröffentlicht werden. Aber Achtung: Hochmut kommt hier nicht nur vor dem Fall, sondern ist schlichtweg auch unangebracht. Denn die Werte sind derart an den Haaren herbeigezogen, dass hinter vorgehaltener Hand selbst CDU-Abgeordnete ungläubig den Kopf schütteln. Offenbar lässt sich das forsa-Institut gern und schnell vor den schwarz-gelben Wahlkampfkarren spannen.

Realistischer – auch für die niedersächsische SPD – ist da schon eine Umfrage des renommierten Institutes Infratest von Mitte Mai: Danach liegt die derzeitige CDU/FDP-Koalition in Niedersachsen unter 50 Prozent. Gleichzeitig ist es uns gelungen, den Abstand zur CDU weiter zu verkürzen. Mit 36 Prozent liegen wir jetzt fünf Prozentpunkte hinter den Schwarzen. Das sollte uns genügend für die weiter Aufholjagd motivieren. Zumal der Wackel-Wulff weiter Nerven zeigt, zum Beispiel in der heiklen Diskussion um Höchstspannungsleitungen (s. Seite 3). Also: Lasst uns den Ministerpräsidenten und seinem Kabinett der Schatten im Sommer weiter ins Schwitzen bringen!

Viel Spaß beim Lesen. Für Anregungen und Verbesserungsvorschläge wendet euch bitte an die Redaktion.

Euer



Wolfgang Jüttner



**Wolfgang Jüttner**  
SPD-Fraktionsvorsitzender im  
Niedersächsischen Landtag

Die SPD-Mitglieder der Enquete-Kommission »Demographischer Wandel«: Karin Stief-Kreihe (Vorsitzende der Kommission), Frauke Heiligenstadt (Sprecherin der SPD-Fraktion), Uwe Harden, Johanne Modder, Rolf Meyer (v.l.n.r.)

Das gesamte Positionspapier ist als Download unter [www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=9228&lang=de](http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=9228&lang=de) abzurufen

## DEN DEMOGRAPHISCHEN WANDEL AKTIV GESTALTEN

Die Weichen für die Zukunft Niedersachsens richtig stellen

Das Thema demografischer Wandel ist nicht nur eine der zentralen Herausforderungen, es polarisiert auch die Gesellschaft. Je nach politischem Standort fällt die Einschätzung seiner gesellschaftlichen Relevanz anders aus. Zu einem wichtigen Thema für die SPD werden die Folgen der demografischen Veränderungen, weil sie grundsätzliche Überzeugungen zur Gestaltung der Gesellschaft berühren und zentrale Fragen von Gerechtigkeit und Solidarität aufwerfen.

Klar ist: Ein »weiter so« wird den Herausforderungen des demografischen Wandels in Niedersachsen nicht gerecht. »In vielen Bereichen sind die Weichen für die Zukunft des Landes – entgegen der Behauptung der Landesregierung – falsch gestellt«, sagt dazu Wolfgang Jüttner. So muss sich Niedersachsen nicht nur auf weniger Bevölkerung einstellen, die aus immer mehr Älteren und weniger jünge-

menbedingungen unbedingt angepasst werden. Wir benötigen zukunftsfähige Lösungen, die auch den Menschen in schrumpfenden Regionen Zukunftschancen einräumen. Dort müssen auch künftig Busse fahren, Ärzte zur Verfügung stehen und Kinder in der Nähe ihres Wohnortes eine Schule vorfinden«, fordert Frauke Heiligenstadt, Sprecherin der AG Demografie der SPD-Landtagsfraktion. »Dazu darf sich das Land aber nicht durch eine Politik der Deregulierung und Privatisierung weiter aus der Verantwortung zurückziehen. Vielmehr bedarf es gezielter Unterstützung der Regionen, um sich dort an die Veränderungen anzupassen.«

Dazu müssen die Veränderungen aber zunächst anerkannt und nachhaltig im politischen Handeln verankert werden. Schrumpfung bietet vor allem Chancen des qualitativen Wachstums, erfordert sehr viel stärker politikfeldübergreifende



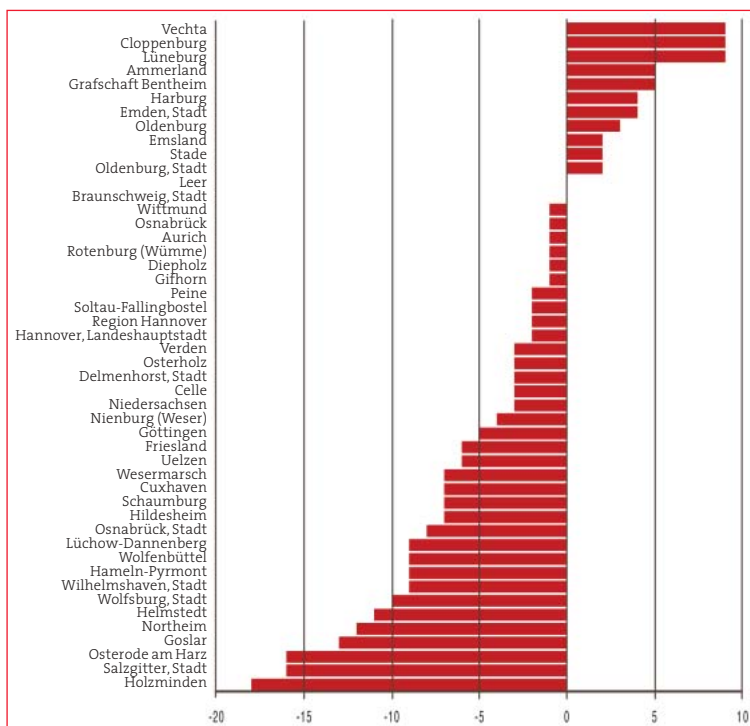
ren Menschen besteht, sondern vor allem auch auf erhebliche Unterschiede bei der Entwicklung in den Regionen des Landes.

Bis 2050 wird Niedersachsen voraussichtlich 1,4 Millionen Einwohner und damit knapp 20% seiner Bevölkerung verlieren. Die mittelfristigen regionalen Schätzungen reichen nur bis 2020, bestätigen aber den Trend wachsender Ungleichheiten. Während z.B. die Landkreise Vechta und Cloppenburg noch rund neun Prozent Bevölkerungszuwachs erwarten können, muss sich der Großteil aller Regionen auf Schrumpfung einstellen. Am höchsten ist sie im Süden und Osten des Landes. Mit minus 18 Prozent werden die größten Verluste im Landkreis Holzminden erwartet. »Vor diesem Hintergrund müssen die Rah-

Lösungen und entschlossenes Handeln. Das bedeutet zum Beispiel:

- Bildung wird zu dem entscheidenden Schlüssel für die Zukunft des Landes. Angesichts des künftig weiter wachsenden Fachkräftemangels müssen alle verfügbaren Qualifikationspotenziale jedes einzelnen Kindes ausgeschöpft werden. Chancengleichheit und individuelle Förderung sind daher nicht nur sozial gerecht, sondern wichtiger Bestandteil einer zukunftsfähigen Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesundheitspolitik. Zudem erfordert der wachsende internationale Innovationswettbewerb mehr Investitionen in

## FORTSETZUNG VON SEITE 1



Bevölkerungsentwicklung 2005–2020 in %

Quelle: LTS 2006

die Hochschulen und mehr Hochschulabsolventen.

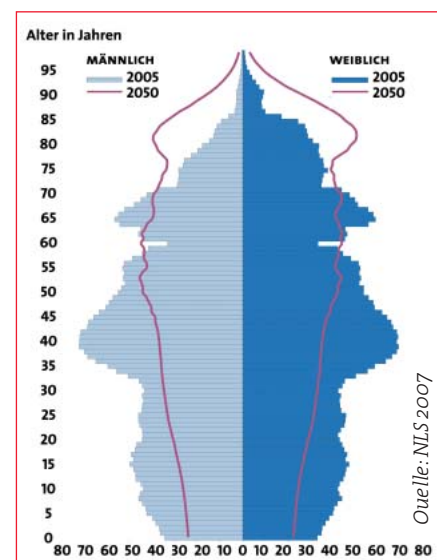
- Integration muss nicht nur gefordert, sondern umfassend umgesetzt werden.

den. Mittlerweile hat jedes vierte Kind einen Migrationshintergrund. Die Potenziale dieser Kinder müssen gezielt gefördert und genutzt werden. Eine Benachteiligung im Schulsystem und auf den Arbeitsmärkten kann sich Niedersachsen künftig nicht mehr leisten.

- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss erheblich verbessert werden. Das bedeutet nicht nur auf den Ausbau von ausreichend Betreuungseinrichtungen, sondern auch auf die Gestaltung familienfreundlicherer Arbeitsbedingungen.
- Angesichts der wachsenden Zahl älterer Menschen sind Rahmenbedingungen erforderlich, die eine lange eigenständige selbstbestimmte Lebensführung und damit Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Dazu sind nicht nur altengerechte und lebenswerte Städte, Dörfer mit entsprechenden Infrastrukturen nötig, sondern auch mehr Möglichkeiten für ältere Menschen, ihre Kenntnisse und Erfahrungen aktiv in die Gesellschaft einzubringen.

Mit dem Positionspapier »Den demo-

grafischen Wandel aktiv gestalten« hat die SPD-Landtagsfraktion richtige Vorschläge vorgelegt. Ob diese umgesetzt werden können, hängt vom Ausgang der Landtagswahlen 2008 ab. Als Regierungspartei werden wir die Chancen des demografischen Wandels aktiv für die Entwicklung Niedersachsens zu nutzen – aber auch die daraus entstehenden Probleme anpacken. ■



Quelle: NLS 2007

## ZU WENIG GELD FÜR INVESTITIONEN IM LANDESHAUSHALT

### SPD-Vorschläge für den Nachtragshaushalt 2007

»Realität ist, dass Sie das Thema »Innovationen und Investitionen« vollständig verschlafen haben. Ausweislich ihrer Ist-Abrechnung für das Jahr 2006 liegt die Investitionsquote in Niedersachsen bei 6,8 %: Damit ist Niedersachsen Schlusslicht in Deutschland«, hielt Wolfgang Jüttner der CDU/FDP-Landesregierung in der Aussprache zum Nachtragshaushalt entgegen. – Trotzdem haben die Regierungsfractionen gegen die Stimmen von SPD und Grünen einen Nachtragshaushalt beschlossen, der bei Steuermehreinnahmen von über 800 Millionen Euro jegliche Impulse für dringend notwendige Investitionen und Innovationen vermissen lässt.

Ebenso wie die Landesregierung will auch die SPD die sprudelnden Steuerquellen nutzen, um die Nettokreditaufnahme im laufenden Haushaltsjahr um 350 Millionen Euro abzusenken. Gleichzeitig will die SPD-Fraktion aber schon 2007 einen Teil der Mehreinnahmen investieren: »Wir investieren in die Zukunft des Landes«, sagte Jüttner in seiner Haushaltsrede, »indem wir Innovationen fördern und Investitionen erhöhen.«

**Die wichtigsten Forderungen der SPD:**  
**1. Investitionen und Innovation**  
**Erhöhung des kommunalen Finanzaus-**

**gleichs um weitere 78 Millionen Euro**  
 Hierdurch wird die 2005 vorgenommene Kürzung vollständig ausgeglichen. Die Landesregierung betreibt ein falsches Spiel: Sie hat die Leistungen an die Kommunen zunächst um 150 Mio. Euro jährlich gekürzt und diese willkürliche Streichung nun zur Hälfte zurückgenommen.

**Erhöhung der Zuführung in den Wirtschaftsförderfonds um 45,6 Millionen Euro**

Die Zuführung zum Wirtschaftsförderfonds ist durch die Landesregierung radikal gekürzt worden. Von 2002 bis 2006 ist sie halbiert worden. Niedersachsen benötigt aber dringend Mittel zur Innovationsförderung und für einen Klimaschutzpakt Niedersachsen.

**Erhöhung der Straßenbaumittel um 11 Millionen Euro und mehr Mittel für Schienenverkehr**

Nicht nur der Landesrechnungshof mahnt die zu niedrigen Investitionen in die Landesstraßen an. Die Steuermehreinnahmen müssen genutzt werden, um die Investitionen in Landesstraßen um 11 Mio. Euro zu erhöhen. Ab dem kommenden Jahr wird die Kürzung der Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr um jährlich 30 Millionen Euro zurückgenommen. Damit können die sonst

zu befürchtenden Leistungseinschränkungen vermieden werden.

### 2. Sozialpolitik

Das Programm »Kinder schützen – Kindergesundheit fördern« mit einem Volumen von 16,55 Millionen Euro wird in diesem Jahr mit Barmitteln von acht Millionen Euro ausgestattet. Es beinhaltet die Erweiterung des öffentlichen Gesundheitsdienstes in den Bereichen Vorsorgeuntersuchungen in Kitas und Schulen, eine flächendeckende Einführung von Angeboten der aufsuchenden Familienhilfe, insbesondere Kinderkrankenschwestern, Sozialarbeiter/innen und Familienhebammen und die Einrichtung von 50 Kinder- und Familienzentren.

### 3. Bildung – Stärkung von Schule und Hochschule

Zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung, für die Qualitätssteigerung der zukunftssträchtigen Ganztagschulen sowie für Feuerwehrlehrer, Referendare und den Ausbau der Kinder- und Familienzentren stellt die SPD zusätzliche Mittel in Höhe von 25,9 Millionen Euro bereit.

Ein Hochschulpakt zur Finanzierung des Kapazitätsaufbaus an den niedersächsischen Fachhochschulen und Universitäten soll künftig mit jährlich zehn Millionen Euro ausgestattet werden. ■



Dieter Möhrmann

### Impressum

**Herausgeber:**  
 SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag  
**Verantwortlich:**  
 Dr. Cornelius Schley  
 Geschäftsführer  
 SPD-Fraktion Niedersachsen  
**Redaktion:**  
 Simon Kopelke  
 simon.kopelke@lt.niedersachsen.de  
 Thilo Scholz  
 thilo.scholz@lt.niedersachsen.de  
**Anschrift:**  
 Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
 30159 Hannover  
 www.spd-landtag-nds.de  
**Layout & Satz:**  
 Anette Gilke  
 mail@anettegilke.de

# DIE ALTENPFLEGEAUSBILDUNG MUSS SICH WIEDER LOHNEN

## SPD fordert Umlagefinanzierung in der Altenpflegeausbildung

Niedersachsen treibt auf den Pflege-notstand zu. Der Grund: Zu wenige Betriebe bilden aus und es gibt keine Umlage zwischen ausbildenden und nicht-ausbildenden Einrichtungen, die einen Kostenausgleich vornimmt. Die CDU/FDP-Landesregierung tut nichts dagegen. Die SPD-Fraktion spricht sich hingegen für die Wiedereinführung der Umlagefinanzierung in der Altenpflegeausbildung aus.

Die aktuellen Zahlen des Kultusministeriums belegen die Dramatik der Situation: Die Zahl der Altenpflegeschülerinnen und -schüler ist von 1.981 auf 1.698 gesunken – und das bei gleichzeitig weiter steigendem Bedarf an qualitativ hochwertiger Pflege. Auch hierzu liefert die Landesregierung die Zahlen selbst, ignoriert sie aber geflissentlich. Laut aktuellem Landespflegebericht wird der Bedarf an ausgebildeten Altenpflegerinnen und -pflegern in Niedersachsen bis 2020 um 22 Prozent, bis 2050 sogar um 75 Prozent wachsen. Vorausgesetzt, der heutige Versorgungsstandard soll erhalten bleiben.

Neben der Unterfinanzierung der Pflegeversicherung – die auf Bundesebene angegangen werden muss – bereitet deshalb die Personalsituation die größte Sorge. In der Vergangenheit wurden die Lücken häufig durch Krankenpflegerinnen und -pfleger geschlossen, die in die Altenpflege wechselten. Mittlerweile zeichnet sich aber ein Ende dieser Entwicklung ab. Denn auch bei der Krankenpflege ist wegen des Kostendrucks eine sinkende Ausbildungsbereitschaft festzustellen.

Die SPD-Landesregierung hatte in Niedersachsen 1996 eine gesetzliche Umlagefinanzierung für die Altenpflegeausbildung eingeführt, um einen Soliarausgleich zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben in der Altenpflege zu schaffen. Sie entsprach damit dem Wunsch zahlreicher Betreiber von Pflegeheimen. Im Jahr 2000 wurde sie aber ausgesetzt, weil das Bundesverfassungsgericht die Rechtmäßigkeit der niedersächsischen Regelung und vergleichbarer Vorschriften in anderen Bundesländern überprüfte. Seitdem ging die Zahl der Altenpflegeschülerinnen und -schüler um rund ein Fünftel zurück.

Im August 2003 entschied das Karlsruher Gericht nun, dass die Umlagefinanzierung für die Altenpflegeausbil-

dung mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Aber die Regierung Wulff handelt nicht.

Besonders skandalös ist, dass künftig immer mehr Menschen pflegebedürftig werden, gleichzeitig aber Ausbildungsbetriebe Wettbewerbsnachteile haben. Denn sie finanzieren die Ausbildung von Fachkräften, die dann oft genug von nichtausbildenden ambulanten Diensten abgeworben werden.

Das liegt u.a. daran, dass die Ausbildung von Altenpflegern für viele Einrichtungen ein Zuschussgeschäft ist. Gefordert sind deshalb auch die Pflegekassen, die die Ausbildungsanstrengungen besser honorieren müssten. Denn der Mangel an Fachkräften hat unmittelbare Auswirkungen auf die Qualität der Betreuung.

Die »Dummen« sind die Menschen, die gepflegt werden. Da die Pflegeversicherungen nur rund die Hälfte der Kosten übernehmen, die den Unternehmen für einen Ausbildungsplatz entstehen,

müssen die Bewohner von Altenpflegeheimen den Rest per Umlage bezahlen.

Die Situation in der Altenpflege wird sich deshalb erst dann grundlegend verbessern, wenn alle anerkennen, dass es sich hier nicht um ein Randproblem der Sozialpolitik handelt. Wie menschlich eine Gesellschaft ist, zeigt sich nicht zuletzt daran, wie sie mit älteren hilfsbedürftigen Menschen umgeht.

Niedersachsen wäre nicht das erste Land, das eine Ausbildungsumlage einführt. Rheinland-Pfalz macht bereits gute Erfahrungen damit. Das Land müsste auch keine komplizierten und zeitraubenden Gesetzesänderungen vornehmen. Im Paragraphen 8 des niedersächsischen Gesetzes über die Berufe in der Altenpflege ist schon heute die entsprechende Möglichkeit verankert. Die Landesregierung flüchtet sich aber in eine Blockadehaltung, anstatt das zu tun, wofür sie gewählt wurde: Heute schon die Weichen für morgen stellen, damit alle die der Pflege bedürfen auch menschenwürdig gepflegt werden. ■



Ulla Groskurt

**Die Altenpflege ist ähnlich organisiert wie die klassische duale Berufsausbildung. In den Altenpflegeschulen, für die Schulgeld zu zahlen ist, werden die Grundlagen des Berufs vermittelt. Die praktische Ausbildung findet in einem Heim oder bei einem ambulanten Pflegedienst statt. Es gibt zwar in Niedersachsen genug Interessenten für den Beruf des Altenpflegers, viele Heime und die Mehrzahl der ambulanten Pflegedienste scheuen aber die mit der Ausbildung verbundenen Kosten und stellen deshalb keine Ausbildungsplätze zur Verfügung.**

## DIE GROSSE »ERDKABELLÜGE«

Von Karin Stief-Kreihe

Im Land gibt es massive Proteste gegen die Festlegung von Stromtrassen zum Bau von 380 Kilo-Volt Hochspannungsfreileitungen unter Umgehung eines öffentlichen Planfeststellungsverfahrens. Die Menschen vor Ort lassen sich dies nicht gefallen. Sie fordern eine umfassende Prüfung der Trassenführung und sie wollen den neuesten Stand der Technik: Anstelle der bisherigen Freileitungen sollen Erdkabel verlegt werden.

Ministerpräsident Wulff zieht nun durchs Land und spricht sich ebenfalls für Erdkabel aus, in der Hoffnung, dass die Menschen seine Lüge nicht bemerken. Die Vorgeschichte sieht aber anders aus: Im Umweltausschuss des Bundesrates stellte Niedersachsen im Juni 2005 den Antrag: Keine Sonderregelung für Erdkabel. CDU und FDP verlangten die Streichung von Artikel 8 des Gesetzes, der die beschleunigte Planung von Stromtrassen und die Verlegung von Erdkabeln regelte.

Im April 2006 beschloss das Bundeskabinett, dass bis zu zehn Prozent der 380 KV Stromtrassen in sensiblen Bereichen (z.B. Wohngebiete) als Erdkabel verlegt werden und die Mehrkosten auf die Netznutzungsentgelte umgelegt werden können.

Relevante Auswirkungen auf die Strompreise waren hierdurch nicht zu erwarten. Wieder lehnte die CDU diese Regelung aus »grundsätzlichen« Erwägungen ab.

»Herr Wulff hat also maßgeblich dazu beigetragen, eine gesetzliche Regelung zur Verlegung von Erdkabeln zu verhindern«, betont die agrarpolitische Sprecherin Karin Stief-Kreihe.

Wolfgang Jüttner fordert den Ministerpräsidenten auf, nicht wieder den Anscheinserwecker zu spielen: »Starten sie eine Bundesratsinitiative und schaffen sie die gesetzlichen Grundlagen zur Erdverkabelung, die sie verhindert haben.« ■



Karin Stief-Kreihe

# AWO GRÜNDET FAMILIENZENTRUM IN NORDSTEMMEN – WOLFGANG JÜTTNER WIRD SCHIRMHERR

Die Schaffung von Kinder- und Familienzentren ist einer der Schwerpunkte der niedersächsischen SPD, so beschlossen im Bildungsprogramm 2006 in Wolfsburg. Deshalb freute es Wolfgang Jüttner, dass die AWO ihn eingeladen hatte, die Schirmherrschaft über das AWO-Familienzentrum in Nordstemmen zu übernehmen.

Die Eröffnung fand am 25. Mai 2007 statt, an dem neben Wolfgang Jüttner auch Axel Plaue, MdL und Landesvorsitzender der AWO Niedersachsen, und Werner Buß, MdL und Kreisvorsitzender der AWO Hildesheim, teilnahmen.

»Eltern wollen Begleitung im Alltag mit Kindern, professionelle Antworten auf Erziehungsfragen und das gute Gefühl, das Richtige für ihr Kind zu tun. Kinder wollen spielen und lernen, erfahren und erleben, forschen und experimentieren«, sagte Martina Sommer-Bylsma, die Leiterin der Einrichtung in ihrer Begrüßung.

»Wir bieten diese Möglichkeiten, indem wir unsere Kindertagesstätten zu Familienzentren ausbauen.«

Wie der Weg dorthin war, zeigten Frau Sommer-Bylsma und ihr Team mit Hilfe eines Hauses, in dem die einzelnen Bausteine die unterschiedlichen und immer neu hinzugekommenen Elemente darstellten. Das Dach bildete schließlich das Familienzentrum.

Wolfgang Jüttner wies in seiner Rede auf die Bedeutung von frühkindlicher Bildung hin: »Kinder sind wissbegierig. Sie wollen lernen. Sie wollen die Welt entdecken. Und es ist Aufgabe, hierfür den Rahmen zu bieten. Der Ausbau von Kindertagesstätten und die Schaffung von Familienzentren sind dabei zentrale Punkte.« Er wies aber auch daraufhin, dass es bei der frühkindlichen Bildung auch um Chan-



cengleichheit ginge. »Wir sind gut beraten, Einrichtungen zu schaffen, wo Kinder unbeschadet ihrer sozialen und ethnischen Herkunft auf das Leben vorbereitet werden.« ■

## »PACK DIE BADEHOSE EIN...«

SPD für intensiven Schwimmunterricht an Grundschulen

»Pack die Badehose ein, nimm dein kleines Schwesterlein, und dann nischt wie raus nach Wannsee.« Wer kennt dieses Lied nicht. – Aber leider können heute immer weniger Kinder diese Freude so richtig genießen. Laut Deutschem Schwimmverband können erschreckende 33,9 Prozent der Kinder unter 14 Jahren nicht schwimmen. Es wundert also nicht, wenn nach DLRG-Angaben 2006 die Zahl der tödlichen Badeunfällen in Deutschland um 129 auf 606 gestiegen ist. Auf dem ersten Blick scheint dies kein Thema für den Landtag zu sein, aber nur auf dem ersten Blick:

Sicher ist es zuerst Aufgabe der Eltern, ihrem Kind möglichst früh Schwimmen beizubringen. Da, wo dies jedoch nicht geschieht, muss die Schule einspringen. Der Schwimmunterricht in den dritten und vierten Klassen der Grundschulen hat hier eine wichtige Aufgabe. Dies meint zumindest die SPD-Landtagsfraktion. Deshalb hat sie mit einem entsprechenden Antrag die Landesregierung aufgefordert, flächendeckend für Schwimmkurse zu sorgen.

Das Kultusministerium ist derzeit nicht einmal in der Lage, genau zu sagen, wo und ob Schwimmunterricht stattfindet. Offenbar nimmt dort niemand das Thema ernst. Angesichts der

steigenden Anzahl von Badeunfällen sollte jedoch klar sein: es geht um Menschenleben. Die SPD-Fraktion forderte deshalb vom Minister ausreichenden Schwimmunterricht ein und regt an,

zumindest einen Vermerk über die Schwimmfähigkeit ins Grundschulzeugnis aufzunehmen, um dem Schwimmunterricht mehr Gewicht zu geben. ■

## KONGRESS »FRÜH GEFÖRDERT – GUT BETREUT!« BILDUNGSCHECHEN FÜR UNTER 3-JÄHRIGE

Seit einigen Monaten haben selbst konservative Politiker die Kinderbetreuung als Thema entdeckt. Zuvor hatten diese Kreise Eltern, die auf Krippen und Kitas zurückgriffen, oftmals als »Rabenmütter« diffamiert. Die niedersächsische SPD hatte bereits 2006 ein zukunftsweisendes Bildungskonzept verabschiedet. Dieses setzt insbesondere bei der frühkindlichen Bildung und Betreuung Maßstäbe.

Zur Diskussion dieses Konzeptes veranstaltet die SPD-Fraktion einen Kongress:

**»Früh gefördert – gut betreut!« Bildungschancen für unter 3-Jährige**

**Datum: 8. September 2007 von 10.30 Uhr bis 16.00 Uhr**

**Ort: Foyer der IG BCE, Königsworther Platz 6, 30167 Hannover**

**Nachfragen und Anmeldungen bitte richten an:**

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Nicola von Graevemeyer

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Telefon 0511.3030-4042, Fax 0511/30 30-48 09

E-Mail: nicola.vongraevemeyer@lt.niedersachsen.de, Internet: www.spd-landtag-nds.de – Termine.

Mehr Informationen zu Jugendschwimmabzeichen unter:

[www.dlrg.de/Schwimm-paesse.Jugend.301.o.html](http://www.dlrg.de/Schwimm-paesse.Jugend.301.o.html)

### ABLAUF

**10.30 – Beginn**

**Begrüßung:** Ingrid Eckel, MdL, bildungspolitische Sprecherin

**Referat:** »Kleinkindpädagogik – neue wissenschaftliche Erkenntnisse und aktuelle Trends«

**Daniela Kobelt-Neuhaus** Experte für den Situationsansatz

**Referat:** »Das Kind im Mittelpunkt«

**Wolfgang Jüttner, MdL, Vorsitzender der SPD-Fraktion**

**Workshops** zu Themen wie Krippenqualität, Bildungschancen, Tagespflege und Krippenfinanzierung.

**Abschluss-Talkrunde**

**Gegen 16.00 Uhr – Ende der Veranstaltung**

Eine Kinderbetreuung wird angeboten. Speisen und Getränke sind für angemeldete Gäste kostenlos.